2022/42 Disko

https://www.jungle.world/artikel/2022/42/sozialistische-waren-produktion-gescheitert

Die sowjetische Planwirtschaft scheiterte an den Konkurrenzmechanismen der - Warenproduktion

Sozialistische Warenproduktion? Gescheitert!

Von **Julian Bierwirth**

Die realsozialistische Wirtschaft ist nicht an Michail Gorbatschows Reformen gescheitert, denn der Planwirtschaft waren von Anfang an kapitalistische Zwänge inhärent. Für die Überwindung des Kapitalismus braucht es mehr als eine Verstaatlichung der Produktionsmittel.

Kann ein staatlich-planwirtschaftlich organisierter Sozialismus funktionieren? Diese Frage stellte Ewgeniy Kasakow an dieser Stelle in seiner Auseinandersetzung mit der Regierungszeit von Michail Gorbatschow. Der mit der Perestroika eingeläutete Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, so lässt sich sein Text verstehen, sei letztlich ein eklatanter Fall von Missmanagement gewesen. Gorbatschow habe sich nicht mit der komplexen sowjetischen Nationalitätenpolitik ausgekannt, habe die Partei abgewertet, den regelmäßigen Besuch des Sekretariats des Zentralkomitees versäumt und zudem nicht ausreichend darauf geachtet, die für Selbstverwaltung eintretenden Sozialistinnen und Sozialisten einzubinden – poor management, that’s all!

Dabei war der ökonomische Niedergang der sowjetischen Wirtschaft bereits seit Jahrzehnten absehbar, auch wenn es sicherlich nicht zwingend zu genau dem Reformkurs hätte kommen müssen, den Gorbatschow schließlich eingeschlagen hat.

> Die Funktionsmechanismen der Warenproduktion lassen sich auch dann nicht ausschalten, wenn sie durch kluge staatliche Intervention rational organisiert werden.

Nach der Russischen Revolution schien der Versuch, das Entstehen einer warenproduzierenden Ökonomie durch staatliche Planung zu forcieren, zunächst zu gelingen. Das kaum industrialisierte Russland konnte im Rahmen einer »nachholenden Modernisierung« eine ganz eigene Version der »ursprünglichen Akkumulation« vollziehen. Was dabei akkumuliert wurde, war den Beteiligten übrigens durchaus klar: Kapital.

Innerhalb kurzer Zeit wurde eine eigene Schwerindustrie aus dem Boden gestampft. Auf dem Gebiet der Basisindustrialisierung kann der »sowjetische Weg« also durchaus als erfolgreich bezeichnet werden. Allerdings ist die Planwirtschaft anschließend daran gescheitert, den Übergang zu einer Konsumgesellschaft mit ihrer vielgliedrigen Ausdifferenzierung von Produkten zu organisieren.

So wurden bereits in den sechziger Jahren systematische Fehlsteuerungen der geplanten Warenproduktion immer offensichtlicher. Sie zeigten sich nicht nur in der riesigen Schattenwirtschaft, sondern auch in der stets hinter dem Fünfjahresplan zurückbleibenden Wirtschaftsleistung. Zugleich stieg trotz technischer Neuerungen für viele Menschen der Lebensstandard kaum (wenn überhaupt), da es zwar Gehaltszuwächse gab, in den Läden die entsprechenden Konsumgüter aber nicht erhältlich waren.

Es entstand eine auf zwei streng differenzierten »Märkten« beruhende Zweiklassengesellschaft, bei der bessere Produkte denjenigen zur Verfügung standen, die in der sozialistischen Hierarchie weit genug oben standen. Dieser Umstand ist von traditionsmarxistischer Seite meist als Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen durch die verwaltende »Klasse« dargestellt und kritisiert worden. Doch hinter dieser Ausbeutung verbirgt sich noch mehr: ein eklatanter Mangel an Funktionstüchtigkeit der Planwirtschaft, der sich aus einem grundlegenden und unauflöslichen Widerspruch der »sozialistischen Warenproduktion« ergibt. Wie jede Warenproduktion beruht nämlich auch sie auf dem Gegeneinander von Partikularinteressen der Produzenten.

Jede einzelne Produktionseinheit ist letztlich daran interessiert, sich möglichst viele Vorteile auf Kosten der anderen zu verschaffen. In der Marktwirtschaft drückt sich das in der Jagd nach hohen Profiten und Einkommen aus. Wo hingegen der Staat an die Stelle des Marktes tritt, versuchen die Betriebe, die Planvorgaben zu unterlaufen und zu ihren Gunsten zu manipulieren. Dabei kommt ihnen zugute, dass die staatliche Planungsbehörde auf die Informationen von unten angewiesen ist, um überhaupt einen Plan erstellen zu können. Wer realistische Zahlen über den eigenen Bedarf oder die produktiven Möglichkeiten weitergab, musste im Zuge des Planungsprozesses damit rechnen, dass die Produktionsanforderungen erhöht oder die Materialzuweisungen gesenkt wurden. Stattdessen versuchten die Betriebe zu antizipieren, wie der Plan aussehen würde und welche Anforderungen auf sie zukämen. Es lag in ihrem Interesse, die eigene Leistungsfähigkeit zu verschleiern, denn umso leichter würde es dann anschließend fallen, das Plansoll zu erfüllen und entsprechende Gratifikationen zu erhalten.

In der Marktwirtschaft sorgt die Konkurrenz dafür, dass sich tendenziell die kostengünstigere Produktion durchsetzt, weil Unternehmen bankrottgehen, wenn sie dauerhaft Verluste einfahren. In der staatlich geplanten Warenproduktion nimmt die Konkurrenz hingegen eine indirekte oder negative Form an: Alle Beteiligten versuchen, möglichst große Zuteilungen an Material und Arbeitskräften zu bekommen, um damit möglichst leicht den von ihnen erwarteten Output abliefern zu können. Den Planungsbehörden waren die entsprechenden Probleme sehr wohl bekannt. Deshalb versuchten sie im Lauf der Jahre immer wieder, die Methoden der Planung zu verändern. Doch die Betriebe fanden immer wieder einen Weg, diese zu unterlaufen.

Es gibt eine Abnahmegarantie? Dann kommt es ja nicht so sehr auf die Qualität der Produkte an, wenn sie ohnehin abgenommen werden. Die Planvorgabe bezieht sich auf die Stückzahl der produzierten Waren? Dann versuchen wir, sie mit möglichst wenig Material herzustellen – auch auf die Gefahr hin, dass sie dadurch faktisch dysfunktional werden. Die Planvorgabe bezieht sich auf das Gewicht der Waren? Dann fertigen wir möglichst große Produkte an, bei denen nur wichtig ist, dass viel schwergewichtiges Rohmaterial verbaut wird.

Das Verhalten der Betriebe folgte stets dem gesellschaftlichen Arrangement. Sie verhielten sich wie private Akteure, die um knappe Ressourcen konkurrierten. Im Ergebnis war so die sowjetische Planökonomie durch eine notorische Planungsunsicherheit gekennzeichnet. Ob der Betrieb überhaupt an die für die Produktion notwendigen Ressourcen kam, war ebenso ungewiss wie die Möglichkeit der Konsumenten und Konsumentinnen, am Ende auf die erhofften Konsumprodukte zugreifen zu können.

Die indirekte »sozialistische« Konkurrenz spielt sich auf mehreren Ebenen ab. Neben dem Kampf um Mittelzuweisungen durch die Zentrale etablierte sich eine Schattenkonkurrenz, bei der über Berufsvermittler (sogenannte Tolkatschi) die notwendigen, aber nicht zugeteilten Rohstoffe erworben wurden. Zudem war auch die Verteilung der Ware Arbeitskraft hochumkämpft. Die Betriebe versuchten stets, etwa durch gesonderte Konsumgüterzuteilungen, bessere Wohnungen oder Prämiensysteme, möglichst viele Arbeitskräfte an sich zu ziehen, weil dies als Indiz vermehrter Wertschöpfung erschien. Dieser Mechanismus konnte in der Frühphase der sozialistischen Industrialisierung noch funktionieren, weil es schlicht darum ging, möglichst viele Basisgüter zu produzieren. Mit zunehmender Ausdifferenzierung der Produktion erwies sich die blanke Ausdehnung der Belegschaft aber als unzureichend, weil sie nicht mit einer entsprechenden Erhöhung der betrieblichen Produktivität einherging.

Diese Mängel der real existierenden sozialistischen Kommandowirtschaft wurden in der zeitgenössischen Diskussion im kapitalistischen Ausland oftmals auf das Fehlen von Marktmechanismen zurückgeführt. Dahinter stand in aller Regel die Absicht, die kapitalistische Produktions- und Lebensweise zu legitimieren und von deren katastrophalen Folgen für Mensch und Natur abzulenken. Dennoch bleibt richtig, dass der Versuch einer geplanten, »sozialistischen« Warenproduktion zwangsläufig Formen der oben beschriebenen negativen Konkurrenz mit sich bringen musste, bei der sich die Gesetze der Warenökonomie auf indirektem Wege statt auf dem direkten Weg der Marktkonkurrenz durchsetzen.

Deshalb war es auf gewisse Weise durchaus konsequent, wenn Gorbatschow und seine Getreuen die planwirtschaftlich-sozialistische Warenproduktion Stück für Stück in eine marktwirtschaftliche Warenproduktion ummodeln wollten. Hier wurde nicht etwa eine »sozialistische Wirtschaft« in eine kapitalistische Wirtschaft verwandelt – es war lediglich der Versuch, ein staatskapitalistisches Regime auf die marktwirtschaftlichen Grundlagen zu stellen, die in der Logik des warenproduzierenden Systems angelegt sind.

Allerdings lag die Sowjetökonomie schon so sehr am Boden, dass nicht nur die Planwirtschaft am Ende war. Genauso wenig konnte sie in der globalen Konkurrenz

bestehen, wie sie in jener Zeit im Entstehen begriffen war, weshalb die Umstellung in wirtschaftlichen Zerfall mündete. Auch politisch war die Sowjetunion in den achtziger Jahren bereits weitgehend zerrüttet. Auf gesamtstaatlicher Ebene waren bereits damals mafiotische Zustände an der Tagesordnung, die Macht der Partei hatte sich längst in die Macht der sie stützenden Apparate und Seilschaften verwandelt. Das nach etlichen politischen Wirren am Ende eine diktatorisch-kleptokratische Herrschaft à la Putin dabei herauskam, kann da schon gar nicht mehr verwundern.

All dies spricht nun freilich keineswegs für die Marktwirtschaft. Wir erleben ja gerade, wie diese die unsere Lebensgrundlagen auf katastrophale Weise zerstört. Vielmehr folgt daraus, dass es für eine Überwindung des Kapitalismus weit mehr braucht als eine Verstaatlichung der Produktionsmittel. Es bräuchte gänzlich neue »Beziehungsweisen« (Bini Adamczak), die nicht auf der Warenproduktion und der allseitigen Konkurrenz beruhen, sondern auf Kooperation und Solidarität.

Am 30. August 2022 starb Michail Gorbatschow, der letzte ZK-Vorsitzende der KPdSU. In Deutschland ehrte man das Lebenswerk des »Wegbereiters der Einheit«. ***Ewgeniy Kasakow*** *hingegen argumentierte, dass er mit seinem Reformkurs gescheitert sei.*

© Jungle World Verlags GmbH